

B e s c h l u s s

Für Frieden und Sicherheit in Europa – Thüringer Impuls für Diplomatie und Verantwortung

Der Landtag hat in seiner 20. Sitzung am 19. Juni 2025 folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Landtag verurteilt den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine als Bruch des Völkerrechts. Er bekräftigt das völkerrechtlich verankerte Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung und erkennt Europas Verantwortung für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit an. Der Schutz von Leben, Freiheit und Souveränität aller Menschen bleibt oberstes Ziel. Der Landtag betont, dass der Einsatz militärischer Mittel allein nicht zu einem Ende des Kriegs führen wird.
2. Der Landtag unterstreicht die Dringlichkeit eines unverzüglichen Waffenstillstands und diplomatischer Bemühungen, die auf eine gerechte und dauerhafte Friedenslösung im Sinne der UN-Charta (Gründungsvertrag der Vereinten Nationen) hinwirken, dauerhafte Sicherheitsgarantien gewährleisten und die territoriale Souveränität der Ukraine achten. Der Landtag fordert von Russland, die Aggression und insbesondere Angriffe auf zivile Ziele und Infrastruktur sofort zu beenden.
3. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, vorrangig im Verbund mit europäischen Partnern alles dafür zu tun, dass internationale Vermittlungsakteure – darunter die Vereinten Nationen, Drittstaaten oder multilaterale Bündnisse – auf Russland einwirken, sich substanziellem diplomatischem Dialog und damit Friedensverhandlungen nicht weiter zu verschließen.
4. Der Landtag bekennt sich zu einer europäischen Sicherheitsordnung, die auf Dialog, Verlässlichkeit, Interessenausgleich und Gewaltverzicht setzt. Verteidigungsfähigkeit und Diplomatie sowie die multilaterale Respektierung der Sicherheitsinteressen gehören zu verantwortlicher Friedenspolitik.
5. Der Landtag würdigt zivilgesellschaftliche Beiträge zum Dialog über Frieden und Sicherheit. Er spricht sich dafür aus, sicherheitspolitische Debatten auf Landesebene stärker zu verankern – etwa durch öffentlich geförderte Bildungsformate, Projekte politischer Bildung und plural besetzte Bürgerräte, die eine breitere gesellschaftliche Mitwirkung ermöglichen sowie die Vielfalt sicherheitspolitischer Sorgen und Anschauungen sichtbar machen. Denkbare Themen und Positionen,

die in solchen Bürgerräten zur Sprache kommen können, sind zum Beispiel

- die Frage nach Bedingungen für Verhandlungen mit Russland,
- unterschiedliche Einschätzungen zu Waffenlieferungen und deren Grenzen,
- Sorgen vor einer weiteren Eskalation und Ausweitung des Kriegs,
- Erwartungen an eine europäische Friedensordnung,
- Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung und Prävention sowie
- das Verhältnis von Sicherheitspolitik und gesellschaftlicher Resilienz.

Dr. Thadäus König
Präsident des Landtags